

Zwischen neuem Stil und
traditionellen Inhalten

Die SPD vor der Bundestagswahl

Hartmut Kühne

Die Lage der SPD ein Jahr vor der nächsten regulären Bundestagswahl zuverlässig zu beurteilen, fällt schwerer, seit mit dem 11. September „nichts mehr ist, wie es war“, um ein nach der Terrorwelle viel genutztes Wort aufzugreifen. Die Krise ist die Stunde der Exekutive, die in vielen Ländern, so auch Deutschland stabilisierend auf die Regierung wirkt. Aber trotz der veränderten Weltlage: Fragt man nach der Zukunft der SPD, so fragt man auch nach dem Ausgang eines großen Experimentes. Denn kaum zuvor in der Geschichte der Bundesrepublik hat ein Kanzler Politik auf eine so entkernte Art und Weise betrieben, wie es Gerhard Schröder heute tut. Der Bundeskanzler verfolgt einen eigenen Stil: Wenig spricht er über Inhalte, weit mehr prägt sein Erscheinungsbild, also das Äußere, seine Kanzlerschaft. Schon der Slogan, mit dem er 1998 die Wahl gewann, er wolle nicht alles anders, aber vieles besser machen, ließ in den Hintergrund treten, mit welchen konkreten Projekten er seine Kanzlerschaft ausfüllen wollte. Auf die Politik-inhalte sollte es nach diesem Werbespruch ja gerade nicht ankommen, da sie sich gegenüber der Vorgängerregierung Kohl kaum verändern sollten. So unternimmt er den großen Versuch einer Politik ohne Fundament.

Ohne Fundament, das zeigt auch die Organisation der „Kampa“, der 1998 geschaffenen und von der SPD-Parteizentrale abgekoppelten Wahlkampfzentrale. Sie nahm weniger Rücksicht auf die Programmatik der Partei, was auch das Ziel

dieser Aufteilung war. Diese Trennung setzte und setzt sich fort: Nicht nur wird für den Wahlkampf 2002 das Erfolgsrezept der letzten Wahl wiederholt und eine „Kampa“ außerhalb der Parteizentrale errichtet. Auch schon davor verfolgt der Kanzler seine Regierungspolitik in einer Unabhängigkeit von seiner Partei, die zumindest in ihrem Ausmaß neu ist. Dass er selbst Vorsitzender der Partei ist, kann übrigens nicht als Beweis von Nähe zur SPD angesehen werden. Denn Parteichef wurde Schröder 1999 nur, weil er auch Kanzler ist. Ohne das Regierungsamt wäre es ihm schwer gefallen, den Posten des Vorsitzenden zu bekommen. Zu distanziert hat er sich von jeher gegeben. Popularität gewann er nicht durch die Anerkennung in der Partei und ihren Gremien, sondern über die Massenmedien an den Genossen vorbei. Auch das ist neu und zeigt, dass er versucht, seine Laufbahn weitgehend unabhängig von der SPD zu gestalten.

Da ist es kein Wunder, dass neben dem Kanzler von der SPD als eigenständiger Kraft kaum mehr die Rede ist. Eigentlich sollte sie das Fundament der Koalition sein. Doch jedenfalls seit dem Rücktritt Lafontaines, spätestens aber seit dem Winter 1999/2000 spielt sie nur noch in geringem Maß eine Rolle. In erstaunlich kurzer Zeit ist die Partei von einer streitlusternen Gemeinschaft zum Kanzlerwahlverein mutiert. So hört man zum Beispiel in der aktuellen Debatte dieses Herbstes zur Zuwanderungspolitik zwar von den Ideen der Union und des kleinen

Koalitionspartners, der Grünen, natürlich auch von den Vorstellungen des zuständigen Bundesinnenministers, nicht jedoch von den Papieren der SPD. Eigene Projekte hat die Partei, unabhängig von der Regierung, die sie stellt, nicht mehr. Auch begehrten, um ein zweites Beispiel zu nennen, gegen die Zusammenarbeit mit der PDS im Land Berlin nur wenige Mitglieder aus den neuen Bundesländern und nur wenige Teilnehmer des „Seeheimer Kreises“ auf. In früheren Jahren hatten beide Gruppen noch vehement gegen eine solche Kooperation gekämpft.

Sicher ist dies ein Prozess, wie er schon bei jeder Vorgängerregierung zu beobachten war. Auch kann eine Volkspartei, die als Hauptpartner eine Bundesregierung trägt, nicht im Übermaß in Kontrast zu Kanzler und Ministern eigenständig in Erscheinung treten. Die Abstimmung zum Mazedonien-Einsatz Ende August, als die Regierung eine eigene Mehrheit im Bundestag verfehlte, hat zudem gezeigt, dass es durchaus noch Konfliktlinien zwischen Partei und Kabinett gibt. Trotzdem: Geschwindigkeit und Ausmaß, mit denen die SPD als politischer Faktor verstummte, sind neu und bislang unbekannt.

Kurzfristige Effekte

Gerhard Schröder setzt die erfolgreiche Methode, mit der er die Wahl 1998 gewann, nicht nur insofern als Kanzler fort, indem er abgekoppelt von der SPD und deren Bedürfnissen regiert, sondern auch indem er auf Inhalte wenig Wert legt. Politik betreibt er nicht als „Bohren dicker Bretter“. Vielmehr versucht er durch kurzfristige Effekte die Bevölkerung zu beeinflussen beziehungsweise umgekehrt Stimmungen von dort aufzufangen. So griff er mit der Forderung, Täter, die sich an Kindern vergehen, „einfach wegzusperrn“, den Unmut weiter Kreise auf, nachdem es zu Verbrechen gekommen war, die in der Öffentlichkeit für Aufsehen sorgten. Mit seinem Vorschlag

wiederum, durch eine *Greencard* dringend in Deutschland benötigte Experten aus dem Ausland anzulocken, ebnete er den Weg für ein Umdenken in der Bevölkerung. Er erreichte so, dass wirtschaftlich begründete Immigration eher akzeptiert wird, eine wichtige Voraussetzung für eine Neufassung des Zuwanderungsrechtes. So schafft er mit kurzfristigen Äußerungen durchaus eine Grundlage für langfristige Änderungen.

Auch dieser Stil ist jedenfalls in seinem Ausmaß neu. Gerade weil er auf Politik-inhalte so wenig Wert legt, kann er nicht als „links“ oder typisch für die SPD bezeichnet werden. Er ist ebenso wenig inhaltsschwer wie „links“ oder „rechts“. Auch eine andere Partei kann jetzt oder in Zukunft diese Methode kopieren. Bei der FDP gibt es Anzeichen dafür, und den „amerikanisertesten“ Wahlkampf führt in diesen Wochen der Berliner Landesverband der CDU unter seinem Spitzenkandidaten Frank Steffel. Konfetti und Popstars gehören zum Wahlkampf genauso wie die Einbeziehung von Steffels Frau als dauernder Unterstützerin ihres Mannes. Schröder hatte schon zuvor seiner damaligen Ehefrau Hillu eine öffentliche Rolle gegeben. Der Stil kann vielleicht sogar als „innovativ“ gelten, und er wird vermutlich auch gerade deshalb nachgeahmt, weil Gerhard Schröder mit ihm so erfolgreich war und bislang ist.

Externe Faktoren

Denn trotz zahlreicher Krisen, Minister-rücktritte und sonstiger Schwächeanzeichen in der Koalition, steht die Regierung, die die SPD anführt, gut da. Ihre Aussichten sind überragend gut, aus der Bundestagswahl 2002 wieder als Sieger hervorzugehen. Die taktische Gefechtslage ist für den Wahlkampffeldherrn Schröder weit besser als für seine Gegner. Dafür sind allerdings zunächst vier externe, nicht in der SPD selbst liegende Faktoren verantwortlich. Da ist als Erstes die Schwäche ihrer

Hauptgegnerin, der CDU. Sie zeigt sich auch fast zwei Jahre nach dem Desaster der Spendenaffäre zerstritten und kopflos. Auch hat sie, und das ist der zweite Grund, wieso Schröder die besseren Karten hat, keinen Koalitionspartner. Die kleinen Mehrheitsbeschaffer im Parlament buhlen alle um Schröder. Die Grünen sind – vorerst – auf die SPD fixiert, weil sie ihr inhaltlich näher stehen, die FDP aus Gründen des Machtgewinns. Mit Schröder können sie eher reüssieren als mit dem Sorgenkind CDU. Drittens hat der Kanzler bis zur Bundestagswahl freie Fahrt ohne störende Zwischenstationen. Die Berliner Wahl im Oktober wird bis zum folgenden September kaum mehr eine Rolle spielen, die Wahl in Sachsen-Anhalt im April 2002 hat nur eine sehr geringe Signalwirkung für den Urnengang im Herbst des Jahres. Viertens schließlich kommt der Amtsbonus der Regierung in der angespannten Weltlage nach der Terrorwelle gegen die USA eher zum Tragen.

Ein weiterer Grund tritt hinzu: Der Kanzler hat erfolgreich in den eigenen Reihen für Disziplin gesorgt. Wo bis zum Sommer 1998 noch Chaos und Streit bestimmend waren, herrschen jetzt Geschlossenheit und Stabilität. Wichtig für diese rasante Entwicklung war zunächst das Versprechen Schröders, die Partei wieder an die Regierung zu führen; diese Aussicht band die zerstrittenen Flügel zusammen. Schließlich sorgten Franz Müntefering in der Partei und Frank Walter Steinmeier in der Koalition jeder auf seine Weise für stille Effizienz. Erfolge stellten sich ein: der Atomausstieg, jedenfalls aus der Sicht von Rot-Grün ein Fortschritt, dann, auch von anderen anerkannt, die Steuerreform, der Einstieg in die private Altersvorsorge und eine stringentere Haushaltspolitik.

Allerdings bringt der schnelle Wechsel von der fröhlich-desaströsen Oppositionspartei vor 1998 zur lautlos-schnurrenden Regierungspartei von heute ein Prob-

lem mit sich. Die SPD zehrt nun in der Regierungsverantwortung von der Lebendigkeit der Jahre davor. Ideen hat sie nur damals entwickelt, jetzt muss sie mit den bis dahin formulierten Inhalten auskommen. Auch stammen alle führenden Köpfe aus dieser Zeit. Bestimmend sind die Fünfzig- bis Sechzigjährigen. Auch dies hat es unter Vorgängerregierungen schon gegeben, die sich inhaltlich und personell auf eine bestimmte Generation beschränkten. Nur ist auch hier wieder das Nachfolgeproblem gewaltiger als in vorangegangenen Fällen. Und weil Schröder an der Partei vorbeiregiert, bekommt diese wenig, zu wenig Aufmerksamkeit, sodass auch zu wenig nachwächst. Dem Kanzler steckt die Erfahrung der Oppositionszeit noch in den Knochen, in der jeder gegen jeden kämpfte und alle um die Regierungsfähigkeit der SPD fürchten mussten. Das soll sich nicht wiederholen – auch um den Preis, dass eine notwendige Erneuerung der Partei ausbleibt. Die Rechnung bekommt Schröder schon jetzt präsentiert: Nur noch elf Prozent der SPD-Mitglieder sind unter 35 Jahre alt, ganze 1,3 Prozent unter 21.

Ohne Lafontaine

Des Weiteren gerät in Vergessenheit, dass Schröders Wahlerfolg noch einen weiteren Namen hatte: Oskar Lafontaine. Er sorgte für einen – allerdings bedeutenden – Rest von Rückkoppelung zur Partei und ihrem Gedankengut. Schröder war für das neue Gesicht der SPD zuständig, modern, inhaltslos, schick und insofern amerikanisch. Lafontaine spielte die Rolle des Mittlers zu den Traditionswählern. Ohne den Saarländer muss Schröder diese Flanke allein abdecken. Hier gerät das Experiment Schröder an seine Grenzen. Und hier entscheidet sich die Frage, ob es in Deutschland möglich ist, Politik losgelöst von der Andockung an eine Traditionspartei zu betreiben. Schröder weiß, dass

er allein mit seiner alten Rolle nicht an der Regierung bleiben kann, dass Deutschland eine SPD nicht erträgt, in der Politik sich nur nach Äußerem richtet. Deshalb muss er einen Spagat versuchen und sich als Ersatz-Lafontaine neu erfinden. Die Zeit drängt: Bei der eventuell wahlentscheidenden Klientel, den Arbeitern und Facharbeitern, hatte die SPD achtzehn Monate vor der letzten Bundestagswahl deutlich mehr Unterstützer als im vergangenen Frühjahr, also ebenso lange entfernt wie vor dem nächsten Urnengang im September 2002. Die SPD kann sich letztlich nur noch auf eine Kernwählerschaft stützen, die ungefähr dreizehn Prozent ausmacht. Den Rest muss sich der Kanzler in der schwimmenden Mitte suchen.

So warnt der Kanzler – kurioserweise auch vor der Amerikanisierung des Arbeitsmarktes, also vor den Methoden des Landes, dessen Politikstil er übernommen hat. Zusätzlich hat er die Angst vor der Globalisierung als neues Identitätsthema für seine Partei entdeckt. Das ist ein recht geschickter Versuch, weil diese Furcht sowohl die alten Traditionswähler der SPD anspricht als auch junge Menschen, die zum Beispiel mit den Demonstranten von Genua sympathisieren. Vielleicht entsteht mit der Globalisierungsdebatte und nach den Börsenverlusten der letzten Zeit sogar eine neue Diskussion über Sinn und Notwendigkeit des Kapitalismus. Ängste nehmen zu. Die Wirtschaftskraft der USA ist seit den Terroranschlägen vom 11. September zusätzlich getroffen. Schröder könnte geschickter als seine Konkurrenten eine solche Diskussion auffangen und die besorgten Wähler beruhigen.

Sein Fraktionschef Struck sekundiert ihm derweil mit alten Rezepten und fordert ein Gesetz zur Begrenzung von Überstunden, Müntefering beschwört die „linke Volkspartei“. Mit solcher Rhetorik muss der Plan des Kanzlers auf der

Strecke bleiben, die *German Disease* unter seiner Herrschaft endgültig auszukurieren. Dazu müsste er den Arbeitsmarkt deregulieren, allgemein der Wirtschaft mehr Freiheit geben und einen aktivierenden Sozialstaat schaffen, wie es seine sozialdemokratischen Kollegen in den Niederlanden vorgemacht haben. Doch dazu hat er nun ein Jahr vor der Wahl nicht mehr die Möglichkeit. Ihm fehlen Zeit und Mut. Ganz schnell will er seiner Politik nachträglich nun doch noch ein Fundament geben und verwendet dazu nur den Beton alten Besitzstandsdenkens.

Ob er beides zusammenhalten kann, einerseits seinen erfolgreichen Stil des entpolitisierten Regierens jenseits der dicken Bretter und jenseits der Partei, andererseits die gute alte Tante SPD mit ihren Stammwählern im Ruhrpott, das ist noch zu beweisen. Eine Chance hat die Schröder'sche Methode allerdings: Der alte Politikstil der Parteien neigt sich ohnehin dem Ende zu. Die angestammten Milieus werden kleiner und sterben ab. An ihre Stelle treten flexible Wählergruppen, die pragmatisch denken. Sie lehnen das Korsett ab, das ihnen die Vorsitzenden irgendwelcher Ortsvereine in den Hinterstübchen aufzwingen wollen. Sie suchen das, was auf Neudeutsch als „Netzwerk“ bezeichnet wird. So unverbindlich wie das Leben geworden ist, so unverbindlich wollen sie sich in der Politik engagieren, ohne Zwang einer lebenslangen Parteimitgliedschaft. Vielleicht entspricht ein lockerer Kanzlerwahlverein SPD mehr den Wünschen solcher Wähler der Zukunft. Und vielleicht ist die SPD unter Schröder auf dem Weg zu einer solchen Partei neuen Typs schon weiter als ihre Konkurrenten. So kann sie neben den Zeit-reichen, meist im öffentlichen Dienst beschäftigten Mitgliedern wie bisher auch die Zeit-armen Politikinteressierten anziehen. Dann, nur dann hat die SPD als so neu definierte Partei auch gute Chancen für die weite Zukunft.